

## Stellungnahme der FWG Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach zur Anfrage der Bürgerinitiative Frankenforst

Die Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach ist gegründet worden, weil wir mit dem Umgang der Stadt mit den Bürgern im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan äußerst unzufrieden und verärgert waren. Unsere Gründungsmitglieder waren größtenteils im Bündnis der Bürgerinitiativen aktiv und haben dort für den Erhalt von Wald-, Natur- und Grünflächen gekämpft. An dieser Haltung hat sich nichts geändert. Die Freie Wählergemeinschaft tritt für dieselben Ziele ein. Das gilt für das gesamte Stadtgebiet. Wir fordern von der Politik eine Neuorientierung, nicht nur beim Klimaschutzkonzept. Wir brauchen generell ein Leitbild der Stadt, das mit den Bürgern erarbeitet wird und ihre Rolle im rheinischen Ballungsraum bestimmt.

Der Flächennutzungsplan hat auch deutlich gemacht, dass eine neue Kultur der Bürgerbeteiligung erforderlich ist: Es geht nicht nur um Ideenfindungen, um unverbindliche Dialoge in der Anfangsphase, sondern um eine dauerhafte Einbeziehung der Bürger, so schwierig das sein mag.

Was den Frankenforst betrifft, dürfen wir auf unseren Beitrag auf <https://fwg-bergischgladbach.de/markantes-beispiel-fuer-eine-falschen-flaechennutzungsplanung/> erweisen. Wir stimmen hier vollständig mit den Frankenforster Bürgerinitiativen überein, auch was eine Autostraße über den Bahndamm betrifft. <https://fwg-bergischgladbach.de/fwg-mit-klarer-haltung-zum-bahndamm/>

Im Falle einer Mitwirkungsmöglichkeit nach der Kommunalwahl werden wir darauf drängen, den fehlerhaften FNP zu revidieren. Das gilt insbesondere für die bevorstehende Abstimmung und Änderung des Regionalplans zur Genehmigung einiger im Außenbereich liegender Flächen.

Unseres Erachtens wird es nicht genügen, nur Prioritäten bei der Umsetzung des Flächennutzungsplanes über die Bebauungspläne zu setzen. Wir sprechen uns für die Herausnahme von Flächen aus, die für den Klimaschutz von Bedeutung sind. Das betrifft neben den Waldgebieten aber auch Wiesenflächen, die für die Abkühlung wichtig sind. Bei Flächennutzungsplan darf nicht vergessen werden, dass gerade der Norden der Stadt und die dort bereits dicht besiedelten Gebiete zusätzlich belastet werden. Es mag sein, dass, wie die Verwaltung oft anführt, Bergisch Gladbach eine grüne Stadt bleibt. Das gilt aber keineswegs für die nördlichen und westlichen Stadtteile.

Mit der Corona-Krise, wie wir sie derzeit erleben, ist die Bedeutung von Grün- und Naherholungsflächen noch deutlicher geworden. Es geht eben nicht nur um den Klimaschutz, sondern um das Wohlergehen der Menschen. Eine weitere Aufgabe von Naturflächen wäre fatal. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen muss die Sicherstellung öffentlichen Grüns zukünftig wieder ein fester Bestandteil sein.

Die Argumente zur Errichtung der Feuerwache an der Autobahnauffahrt Frankenforst scheinen überzeugend. Dennoch kritisieren wir, dass die Verwaltung diesen Standort als alternativlos ansieht. Die Veranstaltung in der Feuerwache Refrath hat gezeigt, dass es eben doch Alternativen gibt, die offenbar nicht intensiv geprüft wurden. Wir erwarten, dass die Bürger über den Fortgang einer solchen Prüfung unterrichtet werden.

Machbarkeitsstudien für Standorte berücksichtigen unseres Erachtens zu wenig Umweltaspekte. Auch die Ratsvorlage berührt diesen gerade unter Berücksichtigung des Klimawandels sehr bedeutenden Aspekt zu wenig. Deshalb ist es erforderlich, diese Punkte herauszuarbeiten, insbesondere, wenn es um die Abholzung von Wald geht.

Wenn sich herausstellen sollte, dass alle Möglichkeiten alternativer Grundstücke wirklich ausgeschöpft sind - und dies darf nicht in Ratssitzungen geschehen, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind - wäre der Feuerwehr-Standort an der Autobahn nur dann zu akzeptieren, wenn maßgebende Lärmschutzmaßnahmen in Richtung Wohngebiet sichergestellt würden und Wald durch die Art und Weise der Bebauung soweit wie möglich erhalten wird.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass einem Autobahnzubringer über den Bahndamm eine endgültige Absage erteilt wird. Erst dadurch könnten Waldgebiete im Bereich

Brüderstraße nachhaltig geschützt werden. Außerdem würde eine autobahnähnliche Trasse in den Norden der Stadt als Ersatz-A3 verhindert. Unserer Auffassung nach würde sie keine Verkehrsentlastung bedeuten, sondern zusätzlichen Verkehr in der Stadt provozieren.